



Sieht so „fair und solidarisch“ aus?

Ein gutes halbes Jahr nahm der Kampf um ein vernünftiges Tarifergebnis und die anschließenden Verhandlungen bezüglich der Übernahme auf den Beamtenbereich in Anspruch. Da steht die Frage im Raum, ob das sinnvoll und ökonomisch ist.

Vom Ende betrachtet ist ein moderater Tarifabschluss verhandelt worden, der dem öffentlichen Dienst ein kleines Plus oberhalb der Preissteigerungsrate gönnt, aber die öffentlichen Haushalte nicht vor unlösbare Probleme stellt. Für die Beamten ergab sich indes ein langer Verhandlungsmarathon. Bis A 11 ergab sich eine zeitverzögerte wirkungsgleiche Übernahme des Tarifabschlusses. Die Zeitverzögerung wird im Wesentlichen durch zwei Einmalzahlungen ausgeglichen. Oberhalb von A 11 fallen die Einmalzahlungen als Ausgleichskomponente weg. Neu berechnet ergibt das ab A 12 eine Gehaltssteigerung unterhalb der vermuteten Preissteigerungsrate. Die beabsichtigte Kappung der Erhöhung auf 1,5 Prozent ab der Besoldungs-

gruppe A 14 wurde nicht weiter verfolgt. Am Ende kann man richtig zufrieden nicht sein, aber es hätte auf den gesamten Personalkörper gesehen auch schlimmer kommen können. Und wenn man über die Ländergrenzen schaut, sieht man, dass es in vielen Ländern auch schlimmer geworden ist. Die Republik breitet sich zu einem bunten Flickenteppich in der Besoldung aus. Das Gift der Föderalismusreform wirkt. Die reicheren Bundesländer werden bald in der Frage nach dem besten Nachwuchs alle Trümpfe in der Hand haben.

► Übernahme des Tarifergebnisses für Landesbeamte

In Schleswig-Holstein gab es einen Antrag der FDP, vor den Tarifverhandlungen eine Übernahme des Tarifabschlusses auf die Beamten zuzusichern. Dieser Antrag wurde nach mündlicher Anhörung im Finanzausschuss mit der Regierungsmehrheit abgelehnt. Übrigens sprach sich auch der DGB gegen eine solche Regelung aus. Allerdings scheint es mehr als notwendig zu sein, eine verlässliche Regelung für die Beamten zu finden, ähnlich die der Abgeordneten des Landtags. Die hatten sehr einvernehmlich im Diätenerhöhungsgesetz eine kluge Regelung für sich gefunden, indem sie ihre Diätenerhöhung an die Ergebnisse der Tarifabschlüsse koppelten. Was für die Abgeordneten Recht ist, kann für die Beamten nur billig sein.

Enttäuschend war im weiteren Verfahren der menschliche Umgang. Vor dem Tarifabschluss wurde der Eindruck erweckt, man wolle das Ergebnis der Tarifverhandlungen abwarten und dann entscheiden. Bei einem selbst von der Politik als

„moderat“ eingestuften Tarifergebnis hätte man erwarten können, dass einer Übernahme als „geübte Praxis“ nichts im Wege steht. Die Verhandlungen mit der Finanzministerin Heinold gestalteten sich zäh. Diese gab vorher eine klare Devisen aus, dass eine Übernahme nicht finanzierbar sei und äußerte sich vor den Gesprächen mit den Gewerkschaften sinngemäß, man müsse ja nicht verhandeln, die Politik könne ja einfach Beschlüsse fassen. Soweit zum neuen Politikstil des konstruktiven Dialogs. Als die Gespräche dann als frucht- und ergebnislos von den Gewerkschaften abgebrochen wurden, zauberte Ministerpräsident Albig einen Gesetzentwurf aus dem Hut, den er auch noch als fair und solidarisch titulierte. Damit sollte ganz schlank für die komplette fünfjährige Legislaturperiode „Sicherheit“ geschaffen werden, dass die Beamten komplett von Gehaltsentwicklungen abgekoppelt werden, um die Schuldenbremse zu finanzieren. Weniger Personal, weniger Geld, das sollte fair und solidarisch sein?

Selbst Institutionen, die nicht ansatzweise im Verdacht stehen, Klientelpolitik für Beamte zu machen, konstatierten dem Gesetzentwurf, dass er ungerecht und möglicherweise sogar rechtswidrig sein könnte. Landesrechnungshof, Bund der Steuerzahler und die kommunalen Arbeitgeber gaben in der gemeinsamen Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses und des Finanzausschusses am 6. Juni zu Protokoll, dass sie eine 1:1-Übernahme des Tarifergebnisses für sachgerecht halten. Damit schlugen sie sich unisono auf die Seite der Gewerkschaften, wäre da nicht der Vertreter des DGB gewesen, der sich einer Forderung



► Landesvorsitzender
Torsten Gronau

nach 1:1-Übernahme des Tarifabschlusses ausdrücklich nicht anschloss.

Am Ende rangen alle um zukunftsweisende Lösungen. Vollerorts wurde beschworen, dass es nur bei einer deutlichen Verkleinerung des Personalkörpers möglich sein wird, eine amtsangemessene Besoldung und die Einhaltung der Schuldenbremse unter einen Hut zu bekommen.

Allerdings ist nicht erkennbar, dass Politik ernsthafte Vorschläge hat, wie die Aufgaben reduziert werden können, denn weniger Personal bei gleichen Aufgaben wird nicht funktionieren. Die DPoIG sieht den Beschlüssen zum Thema Personalabbau sehr interessiert entgegen. Wir haben in der Vergangenheit bereits Vorschläge gemacht, zum Beispiel was den kostenfreien Einsatz von Polizei bei kommerziellen Großveranstaltungen angeht oder die Intensivierung von Vermögensabschöpfung bei Kriminellen. Aber auch eine Rückführung von Bürokratie, zum Beispiel im Beurteilungswesen, steht bei der DPoIG sehr langem auf der Agenda. Bisher hat sich die Politik da nicht bewegt. Wir werden es jedoch nicht hinnehmen, dass ein rigider Sparkurs auf Kosten der Polizeibeamten als angeblich alternativlos durchgedrückt wird, wenn an anderer Stelle politische Mutlosigkeit dazu führt, dass sinnvolle Projekte nicht angepackt werden.

*Torsten Gronau,
Landesvorsitzender*

Impressum:

Redaktion:
Thomas Nommensen (v. i. S. d. P.)
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0451.491597
E-Mail: thomasnommensen@aol.com

Landesgeschäftsstelle:
Muhliusstraße 65
24103 Kiel
Tel. 0431.2109662
Fax 0431.5192221

Internet: www.dpolg-sh.de
E-Mail: dpolg-sh@t-online.de

DPoIG S-H bei facebook:
www.facebook.com/dpolg-sh



ISSN 0937-4841



Landesgewerkschaftstag 2013 am 18. und 19. Juni im Ostseezentrum Damp

Bisher alle vier Jahre, in Zukunft alle fünf, tagt das höchste Beschlussgremium unserer Vereinigung.



Landesbundvorsitzende Anke Schwitzer

cherung. Zudem forderte er eine „Rückabwicklung“ der sogenannten Föderalismusreform.

Am zweiten Tag wurden vor allem die Einzelanträge behandelt. Dabei gelang es unserem Landesvorsitzenden Torsten Gronau und uns, Frank Hesse und mir, alle unten in Kurzform genannten Anträge der DPoIG S-H ohne Gegenstimmen „durchzubringen“. Sie sind damit verbindliche Umsetzungsaufträge für den neuen Landesvorstand in allen Gesprächen und Verhandlungen mit dem politischen Gegenüber:

Dieses Mal trafen sich die etwas über Hundert Delegierten der unterschiedlichen Fachgewerkschaften und Verbände des dbb Schleswig-Holstein an der Ostsee in Damp, wesentlich um über eine neue Satzung zu beraten und beschließen, einen neuen Landesvorstand zu wählen und über zahlreiche Anträge sowohl des Landesvorstandes, der verschiedenen Fachkommissionen des dbb sowie insbesondere der Fachgewerkschaften zu entscheiden und damit die konkretisierten Arbeitsaufträge an den Landesverband zu fixieren. Das Motto der Tagung lautete:
Der öffentliche Dienst – Auf UNS kommt es an!

Herausragende Ergebnisse:
> Die neue Satzung wurde nach vertiefender Diskussion angenommen (unter anderem verkleinerter geschäftsführender Landesvorstand, gewählt für fünf statt wie bisher vier Jahre).

> Unsere langjährige Landesbundvorsitzende, Kollegin Anke Schwitzer, wurde mit großer Mehrheit wiedergewählt. Mit den weiteren Gewählten ist der Landesvorstand auch für die nächsten Jahre gut aufgestellt. Glückwunsch und gutes Gelingen ihnen allen!

Vorläufiger Höhepunkt am ersten Tag war die abendliche öffentliche Veranstaltung mit geladenen Gästen. Anke Schwitzer konnte im Zuge einer langen Ehrengästeliste zugleich als ersten Redner den Ministerpräsidenten Thorsten Albig begrüßen. Die Auseinandersetzungen zur nichtbeabsichtigten zeit- und inhaltsgleichen Übernahme des aktuellen Tarifabschlusses auch für Beamte und Richter durch seine amtierende Landesregierung gaben das Grundthema natürlich vor. Dieser sprach wie gewohnt gekonnt und moderat, dennoch war das Eingeständnis fehlerhaften Verhaltens

uns gegenüber und vor allem die – offenbar gewordene – Unterschätzung unserer Widerstandskraft in jedem Satz überdeutlich spürbar. Offensprach er immerhin an, dass auch die Art und Weise des Umgangs mit uns zu korrigieren ist.

Unser Bundesvorsitzender, Kollege Klaus Dauderstädt, konterte dann sogleich mit dem sinnreichen Satz (Zitat nach meiner Erinnerung): „Herr Albig, wenn Sie noch der Pressesprecher von Herrn Steinbrück wären, Sie hätte er nicht entlassen!“ Am Beispiel des letzten „Tarif“-Streits ging er im weiteren Verlauf nachhaltig auf die zukünftig noch größere Bedeutung gewerkschaftlicher Arbeit ein. Mit dem erkämpften Ergebnis in S-H seien zwar nicht 100 Prozent erreicht worden, im Bundesvergleich aber immerhin ein sehr respektables. Klar positionierte er den dbb und sich gegen Streikrecht für Beamte und Bürgerversi-

- > Rücknahme des Eigenanteils (in Höhe von 1,4 Prozent des Grundgehaltes) bei der Heilfürsorge,
- > Aktualisierung/Anpassung der Entschädigung für Dienst zu ungünstigen Zeiten (mindestens fünf Euro/Stunde),
- > Wiedereinführung der Ruhegehaltfähigkeit der Polizeivollzugszulage,
- > Rücknahme des Erlasses zur Kennzeichnungspflicht von Polizeibeamten,
- > Überarbeitung/Modifizierung der Bestimmungen zu Paragraph 34 (Dienstunfall) des Landesversorgungsgesetzes (häufige Schwierigkeiten der örtlichen und zeitlichen Bestimmbarkeit, Beweislastumkehr).

Es gibt weiterhin viel zu tun!

*Jochen Einfeldt,
stellvertretender
Landesvorsitzender*



Einsatzkräftebetreuung der DPoIG bei Großdemo in Wolfsburg

Ein Großaufgebot von rund 3 000 Polizisten aus sechs Bundesländern war am 2. Juni 2013 in Wolfsburg im Einsatz, um den Aufmarsch von 570 rechten Demonstranten zu ermöglichen.



> DPoIG Sachsen im Einsatz

Zu einer Gegendemonstration hatten Verbände, Kirchen und Gewerkschaften unter dem Motto „Fest der Demokratie“ aufgerufen. Rund 5 000 Menschen aus verschiedenen Gruppierungen folgten dem Aufruf.

Darunter leider auch 500 Gewaltbereite aus dem autonomen Spektrum, die gewaltsam versuchten, den Aufmarsch der Rechten zu verhindern.

Bei den Auseinandersetzungen wurden die Polizeikräfte mit Steinen, Böllern und Flaschen beworfen. Insgesamt wurden fünf Beamte verletzt. Ein Kollege musste im Krankenhaus behandelt werden.

Schleswig-Holstein war bei diesem Einsatz mit einer Abteilung vertreten und zum Großteil mit Absperrmaßnahmen direkt an der Marschroute der Rechten eingesetzt. Da es sich

überwiegend um stationäre Aufgaben handelte, kam die logistische Unterstützung durch die DPoIG Niedersachsen, mit der Jugendorganisation der „JUNGEN POLIZEI“, genau zum richtigen Zeitpunkt, denn in den Nachmittagstunden war ein „Kaffeeleck“ entstanden, was durch die freiwilligen Helfer mit den nötigen Heißgetränken und zusätzlicher „Nervennahrung“ schnell geschlossen werden konnte.

Ein großes DANKE an die 25 Helfer und Helferinnen aus Niedersachsen, Hamburg, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Sachsen, Baden-Württemberg und der Bundespolizei für die großartige Unterstützung. Weitere Fotos und ein ausführlicher Bericht sind auch auf der Internetseite von DPoIG Niedersachsen vorhanden (www.dpolg.org).

Gerd Kath

> Leserbrief

So, die Schlacht um unsere Gehälter ist geschlagen und alle Seiten klopfen sich als Sieger auf die Schulter.

Nur die kann ich nicht erkennen. Die Landesregierung hat eine ziemlich schäbige Figur abgegeben und wir – wir knabbern gerade am Inflationsausgleich rum.

Wenn überhaupt!

Dabei verstehe ich die Gehaltsrunden seit Jahren nicht mehr. Immer die Prozente, selten mal kombiniert mit Sockelbeträgen.

Die Grundbedürfnisse werden in Euro und Cent teurer. Der POM muss an der Aldi-Kasse

nicht weniger zahlen als der Direktor. Dabei werden Leistung, Ausbildung und so weiter ja schon in der Besoldungstabelle ausreichend differenziert.

Nach den bisherigen Mustern geht die berühmte „Schere“ immer weiter auseinander.

Die einen werden ärmer und die anderen nicht. Gesellschaftspolitisch dürfte allein das schon fatal sein und widerspricht dem allgemeinen politischen Getöse zu diesem Thema.

Meine Fragen und Anregungen diesbezüglich wurden stets mit der Steuerprogression beantwortet.

Und der Aufschrei unserer Berufsvertretungen nach dem ersten Entwurf der Landesregierung („Wir lassen uns nicht auseinanderdividieren“) geht an dem Problem völlig vorbei. Wenn A 14 fast das Doppelte bekommt wie A 8, dann werden wir erst recht auseinanderdividiert. Und letzterer soll dafür womöglich noch auf die Straße gehen.

Für jeden 80 Euro mehr, ein Prozent Steuerausgleich und dann dürfte jedem (vermutlich auch der Landeskasse) gedient sein und die Abstände bleiben gewahrt – oder bin ich zu blöd?

Ernst Meißner





> info

Neue DPoIG-Mitgliedsausweise!



Vergünstigungen für Mitglieder bei adidas und Reebok

Ab sofort können die neuen Mitgliedsausweise im Scheckkartenformat bei der DPoIG-Landesgeschäftsstelle in Kiel (E-Mail: dpolg-sh@t-online.de, Telefon: 0431.210 9662) bestellt werden.

Hierzu sendet bitte neben euren persönlichen Daten ein Portraitfoto von euch als „JPG“ (mindestens 300 dpi) per Mail an unsere Geschäftsstelle.

Inhaber des neuen Mitgliedsausweises erhalten bei Vorlage bei adidas und Reebok Rabatte (in der Regel 20 Prozent Reduzierung im Vergleich zur unverbindlichen Preisempfehlung).

Die Rabatte gelten in den Concept Stores sowie Factory Outlets von adidas in Deutschland (siehe: http://www.dpolg-bayern.de/index.php?pg=partner_dpolg.php) und sind nicht mit anderen Aktionen und Rabatten kombinierbar.

Die Redaktion

„Auf den letzten Drücker“

Personalabbau bei der Landespolizei

Innenminister Breitner informierte den Landesvorstand der DPoIG über die Absicht der Landesregierung, Personal in der Landespolizei abzubauen. Diese Maßnahme sei seinen Ausführungen folgend alleine aus finanzpolitischen Gründen erforderlich, nicht aus fachlichen Gründen. Er legte Wert auf die Feststellung, dass zur Einhaltung der Schuldenbremse 10 Prozent des Personals im öffentlichen Dienst bis 2020 einzusparen sei. Die Polizei werde aber „nur“ mit 3,5 Prozent, also 280 Stellen, belastet.

Innenminister Breitner legte dar, wo er die Stellen einsparen will. Neben den 160 Stellen der sogenannten „strategischen Lücke“ werden der Bereich der IT in der Landespolizei (müssen sich 180 Polizisten um IT kümmern?) und der Organisation der Wasserschutzpolizei besonders betrachtet werden.

Bis 2014 sollen Einstellungen im geplanten Umfang stattfinden, ab 2015 sollen dann die Zahlen reduziert werden, damit bis 2020 die geplanten Stellen abgebaut sind.

Die DPoIG wird im nächsten Polizeispiegel eine nähere Betrachtung dieser Thematik vornehmen.

Wir haben deutlich gemacht, dass neben den Bereichen Einsatz und Ermittlungen auch die Prävention und die Verkehrsüberwachung unverzichtbare Kernaufgaben der Polizei sind. Und mit weniger Personal müssen folgerichtig auch die Aufgaben zurückgefahren werden.

Torsten Gronau



> Nachruf

„Scheppi“ ist gegangen ...

Mit großer Trauer mussten wir zur Kenntnis nehmen, dass unser Kollege Klaus „Scheppi“ Scheppmann am 16. Juni 2013 im 74. Lebensjahr plötzlich verstorben ist.

Klaus war vielen von uns noch immer als „Charles Bronson von Reher“ bekannt, nachdem ein TV-Team einen Beitrag über den „Ein-Mann-Posten“ in „seinem Dorf“ gedreht hatte.

Er war einer der letzten wirklichen Dorfsheriffs! Nach der Auflösung seiner Station wechselte er als Stationsleiter zur Polizeistation Schenefeld/Steinburg, von wo aus er im Jahr 2000 als Polizeioberkommissar in den wohlverdienten Ruhestand ging.

25 Jahre lang hielt er der Deutschen Polizeigewerkschaft die Treue. Hierfür gilt ihm unser Dank.



Sein plötzlicher Tod macht uns alle sehr betroffen und traurig.

Wir werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Unser Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

Scheppi, wir werden Dich nicht vergessen!

Frank Hesse